Ausgabe 2/2018

Informationen der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen (ASF)
Baden-Württemberg

SPD
Baden-Württemberg

ASF aktuell

BUNDESKONFERENZ Bericht und Eindrücke - Seite 2
KOMMUNALWAHL Frauen unterrepräsentiert - ab Seite 3
EUROPAWAHL Die Kandidatinnen stellen sich vor - ab Seite 5

VON DER KOMMUNE NACH EUROPA

DAS WAHLJAHR 2019

ASF-Landesvorsitzende Andrea Schiele

Lieber Leser,
liebe Leserin,

dieses ASF aktuell steht unter der Überschrift „Von der Kommune nach Europa“. Damit wollen wir deutlich machen, dass für uns beide Wahlen, die im Mai nächstes Jahr anstehen, in einem engen Zusammenhang stehen. Kommunal geht schon lange nicht mehr ohne Europa, aber auch Europa geht nicht ohne Kommunen. Die örtliche Lebensrealität, die Nähe zu den Bürger*innen bringt Impulse, Notwendigkeiten und Regelungsbedarfe, die heute lokal nicht mehr zu lösen sind. Dafür brauchen wir Europa.

Umgekehrt bedeutete Europa aber auch über viele Jahre hinweg die Absicherung gerade auch gleichstellungspolitischer Errungenschaften, wie die Anforderung an gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der Absicherung von Frieden. Ja richtig. Bedeutete! Mit den aktuellen politischen Entwicklungen, den sich abzeichnenden Veränderungen der Mehrheiten nach weit rechts drohen Entwicklungen, denen es deutlich entgegenzutreten gilt. Umfassender Abbau demokratischer Rechte, aber auch von Pressefreiheit und Meinungsfreiheit sind in den ersten Ländern bereits Realität. Kein Land – auch nicht Deutschland – scheint derzeit davor sicher zu sein. Und daher braucht Europa auch wieder die Kommunen. Denn dort finden die Verunsicherungen einer Gesellschaft oder einzelner Teil von ihr ihren Ausdruck. Daher können Kommunen viele Beiträge zur Auflösung dieser Verunsicherung leisten wenn sie ihre Gestaltungsrahmen nutzen, Bürger*innenbeteiligung vorantreiben. Sie sind ein wichtiger Baustein zur Festigung von Demokratie und Menschenrechten.

Für die ASF war dieses Jahr auch ein Jahr der Veränderungen. Die langjährige Bundesvorsitzende Elke Ferner hat nicht wieder kandidiert. Und somit fand bei der Bundeskonferenz in Saarbrücken eine Stabübergabe an die neue Vorsitzende Maria Noichl, Europaabgeordnete aus Bayern, statt. Aus baden-württembergischer Sicht ist besonders erfreulich, dass wir mit Claudia Schöning-Kalender als stellvertretende Bundesvorsitzende und Johanna Illgner als Beisitzerin wieder mit zwei Frauen im Vorstand vertreten sind. Wir gratulieren allen gewählten Frauen, einen ausführlicheren Bericht gibt es auch im Innenteil dieser Ausgabe.

Die SPD in Baden-Württemberg kommt heute zur Vertreter*innenversammlung zusammen um die Kandidat*innenliste für die Europawahl aufzustellen. Wir möchten den

IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1
Bundeskonferenz 2018	Seite 2
Frauenpower auf dem Workshoptag	Seite 3
Warum nicht gleich?	Seite 3
Kandidatinnen zur Europawahl	Seite 5
Für uns im Bundesvorstand	Seite 6
Meine Ideen für meine Gemeinde	Seite 7
Impressum	Seite 8

Kandidat*innen einen Leitspruch mitgeben: „ein gleichberechtigtes Europa ist ein emanzipatorisches Europa“ – und nur zu Klarstellung: mit Emanze hat das nur im Wortstamm etwas zu tun. Wir wünschen allen Kandidierenden gutes Gelingen - für ihren Listenplatz, für den Wahlkampf und für die Wahl.

Andrea Schiele

#MEHRASF - VOM FRAUENWAHLRECHT ZUR PARITÄT

ZWEI GENOSSINNEN AUS BA-WÜ IN DEN BUNDESVORSTAND GEWÄHLT

Die ASF-Bundeskonferenz fand vom 29.06.-01.07. in Saarbrücken statt. Die ASF Baden-Württemberg war mit 15 Delegierten und 3 Anträgen sowie einer Resolution und zwei Kandidaturen für den Bundesvorstand bei der Konferenz vertreten.

Unsere Anträge zur Erforschung verlässlicher Zahlen zur Ausübung von legaler Sexarbeit und der gemeinsame Antrag mit der ASF Schleswig-Holstein gegen die Unterbringung geflüchteter Menschen in sogenannten Ankerzentren wurden angenommen, der Antrag zur Quotenumsetzung bei Einzelkandidaturen an den Bundesausschuss verwiesen.

Claudia Schöning-Kalender wurde als stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt, Johanna Illgner zum ersten Mal als Beisitzerin gewählt.

Während sich bei der Konferenz eine Spitzenpolitiker*in nach der Anderen sinnbildlich die Klinke in die Hand gaben, um das politische Wirken von Elke Ferner zu würdigen, erreichten uns Nachrichten zum Ergebnis des sogenannten „Flüchtlingsgipfel“. Dies veranlasste unsere Stella Kirgiane-Efremidou, eine Resolution mit dem Thema „Für ein offenes, humanes und helfendes Europa“ zu initiieren. „Kontrollierte Zentren“ sind keine Ansätze, die für uns in Frage kommen, um mit geflüchteten Menschen, Flucht und Fluchtursachen umzugehen. Die Debatte begleitete uns bei verschiedenen Diskussionen mit Ministerinnen, dem Generalsekretär oder Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaften durch die Konferenz und mündete am Ende in die Resolution die von der ASF-Bundeskonferenz beschlossen wurde.

Das Thema, welches uns in den Anträgen am meisten bewegte, waren alle die sich mit „reproduktiver Medizin“ befassten. Ob kostenfreie Verhütungsmittel, die Streichung der §§ 218 /219a, die Rahmenbedingungen bei künstlicher Befruchtung bzw. Eizellenspende oder die Frage, welche Wahl sollte frau haben, wenn es darum geht den Ort oder die Umstände der Geburt zu planen. Wir führten intensive Debatten bei denen es immer um dieselbe Kern- Aussage ging: Frauen wollen und können selbstbestimmt leben. Debatten um Verantwortung und Moral haben häufig den Unterton, dass Frauen in dieser Verantwortung begleitetet werden müssten um dieser Gewachsen zu sein. Da sagt die AsF: Nein! Frauen müssen alleine entscheiden können, wie sie handeln. Für die Entscheidungsfindung ist ein umfassendes, neutrales Beratungsnetzwerk neben den behandelnden Ärzten wichtig auf das Frauen zurückgreifen können müssen. Ob und in welchem Umfang sie das tun, muss ihnen selber überlassen bleiben.

Geschafft - Ba-Wü ist wieder mit zwei Frauen im Bundesvorstand vertreten: Claudia Schöning-Kalender (ganz hinten rechts) und Johannah Illgner (vorne rechts)

Unsere Delegation mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Katja Mast, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion

Wir haben den Beschluss zur ersatzlosen Streichung des § 219a bekräftigt und im Rahmen dieser Debatte ebenfalls die Abschaffung des § 218 erneut gefordert.

Im Zentrum vieler Beiträge unserer Gäste stand das Wirken Elke Ferners als scheidende Bundesvorsitzende. Elke hatte sich entschieden nicht mehr zu kandidieren. Und so kamen viele um ihr zu Danken. Für ihre Beharrlichkeit wenn es um Gleichstellungsthemen ging. Für die Debatten in denen es um das „Wie“ wir Gleichstellung weiter voran bringen, aber nie um das „ob“ ging. Es wurde uns allen nochmal so richtig deutlich, wie nachhaltig Elke an so vielen Stellen gewirkt hat. Dafür haben ihr die Konferenz, die Gäste, wir Frauen umfangreich gedankt. Ihr Sachverstand wird uns nicht abhanden kommen, so dass wir uns auf die neue, andere Art der Zusammenarbeit mit Elke freuen können.

Als neue Bundesvorsitzende wurde Maria Noichl, MdEP gewählt. Wir wünschen uns, dass der Schwung, den ein Wechsel an der Spitze immer mit sich bringt, den „Motor AsF“ innerhalb der SPD weiter voranbringt damit wir weiterhin Gleichstellungspolitik in der Gesellschaft vorantreiben können.

Herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!

Andrea Schiele

FRAUENPOWER AUF DEM WORKSHOPTAG

ASF BIETET UNTERSTÜTZUNG BEI DER KANDATINNENSUCHE

Unter der Überschrift „Mehr Frauen in die Kommunalparlamente!“ haben wir im Juni auf dem Workshoptag der SPD Baden-Württemberg den Austausch mit vielen interessierten Genoss*innen gesucht.

Die Resonanz auf den von uns angebotenen Workshop zeigte, dass es tatsächlich Rede- und Handlungsbedarf gibt, wenn wir den Anteil der Frauen in den Kommunalparlamenten erhöhen wollen. Nur 18% der Mandatstragenden in baden-württembergischen Kommunalparlamenten sind weiblich, obwohl sie in den Ortsvereinen und auch auf Kreisebene sehr engagiert sind.

Workshopteilnehmer*innen aus den ländlichen Regionen berichteten uns, dass Frauen noch viel mehr ermuntert werden müssten. Denn neben der Doppel- und oft auch Dreifachbelastung durch Beruf, Familie und diverse Ehrenämtern sind Frauen weniger bekannt als Männer. Die Männer haben sich oftmals in Vereinen und anderen Ämtern schon einen Namen gemacht und profitieren von ihrem Bekanntheitsgrad.

Vor allem hörten wir immer wieder, dass Frauen nicht unbedingt Frauen wählen. Denn in der Regel sind Gemeinderäte noch immer eine Domäne der Männer. Auch wenn der Anteil der Frauen in Gemeinderäten in den vergangenen 30 Jahren langsam, aber stetig gestiegen ist, wird „erfahrenen“ Männern mehr zugetraut als Frauen. Meistens gibt es schon bei den Listenaufstellungen nicht so viele Bewerberinnen wie Bewerber.

Am mangelnden Interesse der Frauen für politische Fragen liegt es nach den Ausführungen der Workshopteilnehmer*innen nicht, dass Frauen sich nicht in den Vordergrund drängen. Sie sind von Problemen im Alltag genauso betroffen wie Männer – als Mütter sogar oft noch häufiger, als die Väter. Doch statt in der Partei arbeiten sie lieber in der Kinder- und Elternarbeit, bei Vereinen oder in der Kirche. Sie wollen sich gesellschaftlich engagieren ohne einen weitergehenden Ehrgeiz.

Derya Türk-Nachbaur, Nezaket Yildirim, Viviana Weschenmoser und Dagmar Neubert-Wirtz (v.l.n.r.) leiteten den Workshop

Von berufstätigen Frauen wird heute im Beruf oft mehr Flexibilität und Mobilität verlangt als noch vor einigen Jahren. Das verträgt sich mit dem Ehrenamt nur schwer.

Dennoch können wir es schaffen, Frauen gezielt für eine Kandidatur anzusprechen. Als Landesvorstand des ASF Baden-Württemberg bieten wir gerne unsere Unterstützung an und geben Euch Tipps für die gezielte Ansprache.

Meldet Euch bei uns!

Derya Türk-Nachbaur

WARUM NICHT GLEICH?

FRAUEN IM EUROPAPARLAMENT UND IN DEN BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KOMMUNALPARLAMENTEN

Baden-Württemberg ist mal wieder Schlusslicht. Diesmal in der Kommunalpolitik: In keinem anderen Bundesland gibt es so wenige weibliche Gemeinde- und Kreistagsmitglieder wie hier. 23,9% in Gemeinderäten, 19,1% in Kreistagen. Nur in zehn von 1101 Gemeinden liegt der Geschlechteranteil bei 50%. In 22 Gemeinden gibt es sage und schreibe nicht eine einzige Frau im Kommunalparlament[1].

In Europa sieht es etwas besser aus: 36,8% aller Mitglieder im Europäischen Parlament sind Frauen, aber nur 3 von 11, also 27,3% der Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind weiblich)[2].

Zur Erinnerung: **geschlechtergerecht wären 50%.**

Warum nicht gleich?

Dieser geklaute Titel[3] drückt zum einen aus, dass es eben sehr wohl Unterschiede = Ungleichheit in der Repräsentanz und Wahrnehmung der Geschlechter in der Politik gibt. Und zum anderen drückt er auch Ungeduld aus: wie lange sollen wir noch warten, bis endlich etwas unternommen wird, um Chancengleichheit herzustellen?

Warum ist der Geschlechteranteil in Kommunalparlamenten nicht gleich? Bereits vor zehn Jahren wurden Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik erforscht[4]:

1. Sozialisationsthese:
Aufgrund tradierter Rollenklischees zeigen Frauen ein zu geringes Interesse an Politik bzw. verfügen über zu wenig Selbstvertrauen, um politische Ämter zu übernehmen.

2. Abkömmlichkeitsthese:
Frauen haben aufgrund geschlechtsspezifischer Doppelbelastung zu wenig Zeit für politische Arbeit.

3. Sozialstrukturthese:
Frauen haben seltener berufliche oder ehrenamtliche Führungspositionen inne, welche die Chance auf ein Mandat erhöhen.

4.Diskriminierungsthese:
Frauen haben erschwerten Zugang zu politischen Ämtern und Mandaten aufgrund des Politikstils (der eher permanente Selbstdarstellung erfordert und Männern aufgrund kommunikativer Unterschiede eher politische Überzeu-

gungskraft zutraut als Frauen) und der Sitzungskultur (politische Termine finden häufig statt, wenn Frauen eher keine Zeit haben).

5. Quotenthese:
Je mehr Parteien gewählt werden, die eine parteiinterne Geschlechterquote haben, desto höher der Frauenanteil. Wird weniger links gewählt, ist der Frauenanteil niedriger.

6. Wahlrechtsthese:
Eine Persönlichkeitswahl erschwert den Wahlerfolg von Frauen, Listenwahlrecht erhöht die Chance für Frauen, gewählt zu werden. Hintergrund ist zum einen, dass Frauen seltener über den nötigen Bekanntheitsgrad verfügen (siehe Sozialstrukturthese). Zum anderen gibt es in Teilen der Wählerschaft Vorurteile gegen Frauen in politischen Ämtern.

7. Gemeindegrößenthese:
Je kleiner die Gemeinde, desto geringer der Frauenanteil. Erstens weil insgesamt weniger Frauen kandidieren, zweitens eher linke Parteien (mit Quoten) in kleineren Gemeinden weniger gewählt werden und drittens eher die Person als die Partei im Vordergrund steht, und hier wieder eher Männer gewählt werden.

2013, also noch vor den letzten Kommunalwahlen, wurde eine Studie „Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik“[5] veröffentlicht, die die SPD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hatte. Diese gibt auch klare Handlungsempfehlungen, die gleich näher betrachtet werden. Vorab: Umgesetzt wurde davon bislang kaum etwas. Warum hat man nicht gleich etwas unternommen?

Wichtig ist dabei eines zu beachten: Eine wesentliche Blickrichtung der Studie ist „nicht, was Frauen anders machen müssen, um die gleichen Beteiligungschancen wie Männer zu erhalten. Vielmehr wird die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, wie Akteure und Institutionen sich verändern müssen, damit mehr Frauen partizipieren“. Es geht also genau nicht darum, dass Frauen tiefer und lauter sprechen, sich besser selbst darstellen oder ihre Familienarbeit besser organisieren müssen. Strukturen müssen verändert werden, um den Frauenanteil zu erhöhen. Welche Strukturen und wie?

Was ist zu tun?

- **Sitzungskultur:**
  Politische Termine zu Zeiten anbieten, an denen mehr Frauen Zeit haben und/oder Pflege-/Kinderbetreuung anbieten.
  Sitzungen effizient gestalten und keine „nutz- und endlosen Diskussionen“, für die frau sich dann lieber doch keine Zeit freischaufelt.
- **Nominierungsverfahren:**
  transparent gestalten und „weibliche“ Kompetenzen und Erfahrungen wertschätzen.
- **Quotierung:**
  Einführung einer verbindlichen Quote für alle Parteien und Listen.
  Einführung einer Quote bei der Verteilung von Ausschusssitzen.
- **Öffentlichkeitsarbeit und Vorbilder sichtbar machen:**
  Frauen bekannter machen, indem sie auf Veranstaltungen als Expertinnen einladen werden, in Pressemitteilungen zitiert und zentral ins Bild genommen werden
  aktive Frauen zeigen, indem sie Veranstaltungen leiten, die Begrüßung übernehmen etc.
- **Motivation zur Kandidatur:**
  Frauen da ansprechen, wo Frauen sind und nicht warten bis Frauen zu politischen Veranstaltungen kommen. Politische Arbeit muss sich den Frauen anpassen, nicht die Frauen der Politik.

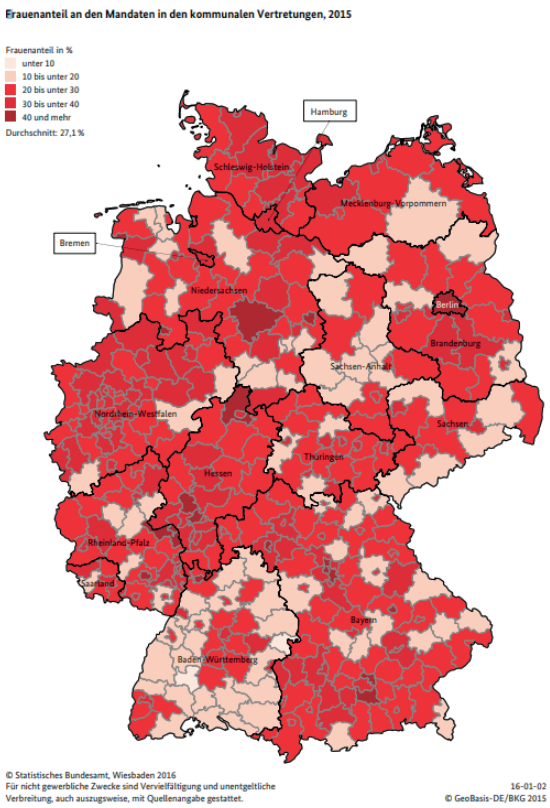

Abbildung 1: je heller desto weniger Frauen im Kommunalparlament. *(Quelle: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Gleichstellung/Dritter-Atlas-Gleichstellung-Deutschland.pdf)*

  Frauen stärken, ihre Interessen und Kompetenzen einzubringen, um ihre politischen Angelegenheiten mitzubestimmen.
- **Wahlrechtsreform:**
  Einführung eines Listenwahlrechts - auch bei der Landtagswahl
  (um es mal wieder gesagt zu haben. Steter Tropfen und so...)
- **Wahlkampf:**
  „weibliche“ Wahlkampfthemen in den Vordergrund stellen, bei denen Frauen ihre Kompetenzen zeigen
  Wählende bewusst ansprechen Frauen zu wählen
  Für einen sozialdemokratischen Wahlerfolg kämpfen und aus den Fehlern der Vergangenheit ernsthaft lernen: Je mehr eher linke Parteien gewählt werden, desto höher der Frauenanteil.

Es ist schon lange bekannt, warum der Geschlechteranteil in Kommunal- und Europaparlamenten nicht gleich ist. Es wird Zeit etwas zu tun, sonst verpassen wir bei den Kommunalwahlen 2019 wieder eine wichtige Gelegenheit!

Warum nicht gleich?

Dagmar Neubert-Wirtz

[1] https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/20140807

[2] https://www.statistik-bw.de/Wahlen/parlamentGeschlecht.jsp?path=/Wahlen/Kommunal/

[3] Christina Holtz-Bacha/Nina König-Reiling (Hrsg.): Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen. Wiesbaden 2007

[4] Holtkamp/Schnittke: Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentation von Frauen. Eine Analyse am Beispiel der Kommunalparlamente von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In: Femina Politica 2/2008, S. 55f

[5] https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/wzb_studie_unterrepraesentanz_frauen_kommunalpolitik_1_.pdf

KANDIDATINNEN ZUR EUROPAWAHL

DREI FRAUEN BEWERBEN SICH

LUISA BOOS

Liebe Genossinnen,

ich kandidiere auf der Landesvertreter*innenkonferenz Europa nicht nur als leidenschaftliche Europäerin, sondern auch als überzeugte Feministin. Für mich gehört der Kampf für ein soziales Europa, für die Gleichstellung von Männern und Frauen und der Kampf gegen Rechts untrennbar zusammen. Auch in Europa ist Armut immer noch vorrangig weiblich. Gleichzeitig ist die Gleichstellung der Geschlechter der zentrale Schlüssel zur Überwindung von Armut.

Unser Einsatz für gleiche Bezahlung, gegen Diskriminierung, für soziale Rechte, Teilhabe und eine gute soziale Absicherung ist nicht nur ein feministischer, sondern immer auch ein europäischer. Und es ist ein kultureller Kampf gegen all jene, die die Uhren am liebsten um Jahrzehnte zurückdrehen würden.

Für uns muss klar sein: Wir lassen nicht mehr zu, dass die Bürger*innen in Europa gegeneinander ausgespielt werden. Egal aus welchen Motiven. Wir wollen Europa zum größten anzunehmenden Hoffnungsraum machen und das Versprechen einer solidarischen Gemeinschaft endlich einlösen.

Wir waren zu leise, während die Wirtschafts- und Finanzkrise das Vertrauen in ein Europa, das Perspektiven für alle schafft, geschwächt hat. Jetzt müssen wir endlich aufwachen. Das Haus Europa beginnt zu wackeln, wenn es nur auf einen Binnenmarkt und eine Währung gebaut ist. Es ist unsere Aufgabe, Europa eine soziale und fortschrittliche Vision zu geben und dafür zu sorgen, dass der Wohlstand, den die EU uns garantiert, bei den Bürger*innen Europas auch ankommt.

Dafür trete ich an und werbe um eure Unterstützung. Für meine Kandidatur, aber vor allem im Wahlkampf. Wir müssen uns auf eine Zeit einstellen, in der fundamentale demokratische Werte und ein solidarisches Zusammenleben infrage gestellt und verhöhnt werden. Wir werden in dieser Auseinandersetzung jede sozialdemokratische Stimme, eine klare Haltung und Solidarität untereinander brauchen. Wie das gelingen kann, haben wir Frauen in der SPD immer wieder gezeigt. Mit euch an meiner Seite und einer großen Portion weiblicher Hartnäckigkeit im Rücken, freue ich mich auf den Wahlkampf!

Eure Luisa

EVELYNE GEBHARDT

Liebe Frauen,

Europa bedeutet Vielfalt und meine Vielfalt ist meine Identität: als Deutsche und Französin, Hohenloherin und Europäerin. Ich bin froh und dankbar, dass ich als Abgeordnete an der Erfolgsgeschichte des vereinten Europas persönlich mitwirken darf. Seit 1994 gehöre ich dem Europäischen Parlament an, seit 2017 amtiere ich als dessen Vizepräsidentin. Als Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ist es mir besonders wichtig, dass Europa seine hohen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards ausbaut und unsere persönlichen Daten schützt. Untrennbar verbunden mit dem Fortschritt der europäischen Einigung, ist auch der Fortschritt in der Gleichstellungspolitik. Viele wichtige Meilensteine der Gleichstellung kamen in den einzelnen Mitgliedstaaten nur durch Druck aus Europa zustande. Und ein Motor der Gleichstellungspolitik in Europa ist zweifelsohne das Europäische Parlament.

Wir wissen aber, dass es trotz aller Erfolge bis zur echten Gleichstellung noch viel zu tun gibt. Durch jahrzehntelangen Druck konnten wir gemeinsam die gläserne Decke zwar nach oben schieben, aber sie existiert nach wie vor.

Armut in Europa ist weiblich und noch immer besteht ein völlig inakzeptables Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Wir müssen diese Ungerechtigkeit endlich überwinden und außerdem europaweit für verbindliche und exis-

tenz-sichernde Mindestlöhne sorgen, Lohndumping und Scheinselbstständigkeit bekämpfen und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

Das Missverhältnis zwischen den Geschlechtern in Führungspositionen, öffentlichen Ämtern oder bei der Mandatsverteilung zeigt, dass sich echte Parität nicht über freiwillige Selbstverpflichtungen, sondern nur über verbindliche Geschlechterquoten herstellen lässt.

Europa muss viel entschlossener gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe, Herkunft oder religiösem Bekenntnis vorgehen.

Wir erleben derzeit, dass alle bereits erkämpften Errungenschaften des vereinten Europas keine Selbstverständlichkeiten sind und wir hier nicht nachlassen dürfen.

In der gesamten Europäischen Union gibt es Kräfte, die europäische Idee verächtlich machen wollen. Ihr Hass und ihre Menschenfeindlichkeit, die sie säen, sind ein Angriff auf die europäischen Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz. Sie wollen Europa spalten. Dies dürfen wir nicht zulassen.

Es ist wahrlich keine Floskel, dass die Wahl des Europäischen Parlaments 2019 über die Zukunft Europas entscheidet. Es kommt auf uns an, die Errungenschaften des vereinten Europas nicht nur zu verteidigen, sondern die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union weiterzuschreiben – für ein sozialeres Europa, hin zu einem Europa der Bürger und Bürgerinnen. Dies möchte ich gemeinsam mit Euch tun und bitte deshalb um Eure Unterstützung.

Herzlichst

Eure Evelyne Gebhardt

DOMINIQUE ODAR

Mein Herz schlägt für Gerechtigkeitsfragen und die EU.

Als Tochter einer deutsch-österreichischen Familie habe ich erlebt, was Grenzen bedeuten und wie es ist, wenn sie fallen. Als Kind war es beeindruckend zu sehen, dass die Grenzkontrollen verschwanden, dass Lebensmittel, die es vorher nur in dem einen Land gab, jetzt auch in dem jeweils anderen Land erhältlich waren und letztlich auch kein Geld mehr getauscht werden musste. Ein offener Binnenmarkt nutzt nicht nur der Wirtschaft, sondern auch den Menschen. In Grenzregionen eröffneten sich so auch ganz neue Lebens- und Arbeitskonzepte - neue Zukunftsperspektiven. Wir haben hier schon viel erreicht und doch müssen wir dafür sorgen, dass das Erreichte erhalten bleibt und die Zukunft so gestaltet wird, dass sie unsere Wünsche erfüllt, Sicherheit gibt und den Zusammenhalt stärkt.

Seit 14 Jahren bin ich in verschiedensten Arbeitsgemeinschaften aktiv. Aktuell engagiere ich mich besonders in der AG Migration und Vielfalt sowie in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Dabei ist mir sehr wichtig, dass wir die Interessen von Menschen vertreten, die häufig von Diskriminierungen betroffen sind. Ohne die Europäische Union bzw. ihre Vorläufer wären wir im Antidiskriminierungsrecht nicht so weit, wie wir es sind – auch wenn das immer noch nicht genug ist. Mit meiner Kandidatur für das Europäische Parlament möchte ich mich für starke soziale Rechte in Europa einsetzen, denn als Juristin bin ich mir darüber bewusst, dass Gerechtigkeit auch gesetzgeberisch festgeschrieben und mit Leben gefüllt werden muss. „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ ist immer noch nicht alltäglich. Das gilt nicht nur für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, sondern auch mit Blick auf die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in andere Länder der EU. An dieser Stelle will ich für weitere Verbesserungen arbeiten.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entscheidung zu einer Kandidatur ist mein Wunsch, dass auch während des Kommunalwahlkampfes der europäische Gedanke gestärkt wird. Als Mitglied des SPD-Kreisvorstandes Rhein-Neckar und als Ortsvereinsmitglied weiß ich, wie schwierig es ist, zwei Wahlkämpfe gleichzeitig zu führen. Ich möchte die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort unterstützen. Manchmal erscheint die Europäische Union uns sehr fern, obwohl sie mit unserer Unionsbürgerschaft ganz nahe ist und uns auch im Alltag stets begleitet.

Es gilt die vielen unterschiedlichen Blickwinkel der Menschen zusammenzuführen und unser Europa zu gestalten. Mein Europa ist ein Europa, das sich an den großen und kleinen Wünschen, Interessen und Belangen der Menschen orientiert, für seine Werte einsteht und diese nach innen und außen vertritt. Frieden ist ein Privileg, dass die meisten von uns schon unser ganzes Leben lang genießen dürfen. Ich möchte, dass noch viele Generationen nach mir und auch die Menschen außerhalb Europas dieses Privileg erhalten.

Ich werde mich deshalb für ein sozial gerechteres, menschenorientiertes, ökologisch und ökonomisch nachhaltiges Europa einsetzen.

Eure Dominique

FÜR UNS IM BUNDESVORSTAND

BADEN-WÜRTTEMBERG WIEDER MIT ZWEI FRAUEN VERTRETEN

DR. CLAUDIA SCHÖNING-KALENDER

1951 in Lehrte/Hannover geboren, auf dem Ausbildungs- und Berufsweg über Tübingen, Istanbul, Kassel und Hannover vor 34 Jahren angekommen in Mannheim, verheiratet, Kulturwissenschaftlerin (Dr. soz.), und seit 2005 geschäftsführende Vorsitzende des Mannheimer Frauenhaus e.V.

Seit fast 30 Jahren lebt und forscht sie zum Thema Migration, noch länger ist sie (der Liebe wegen) Teil eines tür-

kischen Familienzusammenhangs mit vielfachen Migrationserfahrungen und ebenso lange ist sie im weitesten Sinne migrationspolitisch unterwegs für Chancengleichheit, Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe.

Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellungspolitik und Frauenförderung sind zentrale Schwerpunkte ihrer beruflichen Tätigkeit ebenso wie ihres politischen Engagements. Dieses Engagement und ihre frauen- und migrationspolitische Erfahrung bringt sie in verschiedenen politischen Ämtern ein: als Mannheimer ASF-Kreisvorsitzende, als Mitglied im baden-württembergischen ASF-Landesvorstand ebenso wie im ASF-Bundesvorstand und nicht zuletzt im Gemeinderat der Stadt Mannheim.

JOHANNAH ILLGNER

Johannah Illgner lebt und arbeitet in Heidelberg. Sie ist als strategische Kommunikationsberaterin in ihrer Agentur „Plan W – Agentur für strategische Kommunikation“ tätig. Das „W“ steht übrigens für Women.

Die 31-jährige ist kommunalpolitisch in Heidelberg engagiert und aktuell im Kreisvorstand der SPD Heidelberg, seit 2 Jahren Vorsitzende des Ortsvereins Heidelberg-Bergheim und seit 2014 Vorsitzende der ASF Heidelberg.

Neben der parteipolitischen Arbeit engagiert sie sich außerdem noch bei verschiedenen Heidelberger Gruppen – stets auch mit „feministischen Blick“. Johannah ist aktiv bei Gute Nachbarschaft Bergheim – hier werden gemeinsame Veranstaltungen mit Geflüchteten organisiert; beim Queerfeministischen Kollektiv Heidelberg – das Kollektiv veranstaltet Vorträge, Workshops, den antisexistischen Stadtrundgang und seit 5 Jahren das Lady*-Fest Heidelberg; bei der Offene Uni Heidelberg – die Gruppe unterstützt und berät Geflüchtete beim Thema Hochschulzugang und bei der Frauen-AG – dem Zusammenschluss der Heidelberger Frauenverbände und -institutionen.

MEINE IDEEN FÜR MEINE GEMEINDE

FRAUEN GESTALTEN DAS ÖFFENTLICHE LEBEN ENTSCHEIDEND MIT

Gerade im ländlichen Raum, in den Großen Kreisstädten außerhalb der Speckgürtel, in den kleinen Gemeinden, den Dörfern, eben überall dort, wo Zusammenleben einander auf der Straße grüßen bedeutet, gerade da sind es Frauen, die ganz entscheidend das öffentliche Leben mitgestalten. Was wären Vereine, Kindergarten- und Schulräte, Kirchen und Veranstaltungsgruppen ohne die zahlreichen ehrenamtlichen Stunden von den Frauen vor Ort?

Viele denken nun sicher an Kuchenbacken, Räume gestalten, Ausflüge organisieren und Kinder-, bzw. Jugendgruppen leiten. Das alles stimmt. Doch Gesellschaft gestalten ist noch so vieles mehr. Zum Beispiel die Geschicke der Gemeinde leiten, nämlich in den kommunalen Parlamenten. Leider sind hier immer noch sehr wenige Frauen anzutreffen. Dabei ist es eine der abwechslungsreichsten und spannendsten Beteiligungsformen überhaupt! Wie ich finde, ganz besonders im ländlichen Raum.

Denn von diesem Gremium aus lässt sich eine Stadt, ein Dorf eine Gemeinde am intensivsten mitgestalten: Wie sollen die Schulen aussehen in den nächsten zehn Jahren? Wie kann der historische Marktplatz belebt werden? Brauchen wir mehr altersgerechtes Wohnen? Hier einen Zebratreifen, dort lieber Tempo 30?

Das sind nur einige wenige Fragen, mit denen sich ein Gemeinderat beschäftigt und deren Ergebnisse sich aber für Jahre und Jahrzehnte auf das Leben in der Gemeinde auswirken. Und darum geht es doch: Den eigenen Lebensraum mitgestalten. Speziell dort, wo unser Alltag auf einer übersichtlichen Quadratmeterzahl stattfindet, sollten nicht nur „die alten Herren“ sagen, wie der Rahmen unseres Zusammenlebens gesetzt wird. Wir Frauen, die wir oft so viel Zeit einsetzen um diesen Lebensraum, unser kommunales Zusammenleben zu gestalten, müssen auch politische Entscheidungen hierüber treffen.

Es lohnt sich in jedem Fall. Die Erfahrungen, Ansprüche und Bedarfe, welche bei der Ehrenamtsarbeit erlangt wurden, sind die beste Basis, um im Gemeinderat wichtige Projekte anzustoßen. Wenn Frau es nicht macht, macht es wohl niemand. Sich darauf zu verlassen, dass sich irgendwer kümmert, ist meist nur Garant dafür, dass nichts passiert. Und dafür ist unsre Zeit doch zu schade.

Deswegen: Anpacken. Mitentscheiden. Gestalten. Viel Freude dabei!

Viviana Weschenmoser

Impressum

Herausgeber
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20

www.spd-bw.de
www.asf-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin/des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redation wieder.